



TISCHVORLAGE

Beschlussvorschlag der CDU Fraktion Nortorf zur weiteren Reduzierung des Pestizideinsatzes und der Weiterentwicklung Nortorfs zu Bienenfreundlichen Kommune

Die Stadt Nortorf führt schon seit vielen Jahren Maßnahmen zur Reduzierung des Pestizideinsatzes bzw. zum vollständigen Verzicht auf den Einsatz von Pestiziden durch.

Herausragendes Beispiel ist der Bauhof der Stadtwerke Nortorf, der bereits vollständig auf den Einsatz von Pestiziden verzichtet. Darüber hinaus unterstützt die Stadt Nortorf seit vielen Jahren die Bemühungen des Imkervereins Nortorf, Blühflächen für Bienen anzulegen. Daher wird Nortorf inzwischen auch als „Pestizidfreie Kommune“ beim BUND Deutschland geführt.

Wir begrüßen den Antrag der Grünen zur weiteren Reduzierung des Pestizideinsatzes und möchten diese positive Entwicklung verstetigen sowie darüber hinaus Nortorf zur „Bienenfreundlichen Kommune“ weiterentwickeln. Dazu möge die Stadtverordnetenversammlung folgendes beschließen:

1. Bei der Verpachtung von Flächen der Stadt Nortorf soll vertraglich festgehalten werden, dass diese Flächen pestizidfrei bewirtschaftet werden sollen.
2. Der Bauhof, wie auch die Bürger sollen dazu aufgerufen werden, Hinweise und Anregungen zu liefern, welche stadteigene Brachflächen, Ausgleichsflächen und städtische Grünanlagen in bienenfreundliche Blühflächen umgewandelt werden können.
3. Bestrebungen von Bürgern oder Vereinen, auf geeigneten Flächen Streuobstwiesen anzulegen, sollen unterstützt und in geeigneter Weise gefördert werden. Auch hierzu sollen die Bürger aufgerufen werden, Hinweise und Anregungen zu liefern.
4. Auf der Homepage der Stadt Nortorf soll eine Aufklärungsseite auf die Folgen des Pestizideinsatzes und die Wichtigkeit der Insekten und Bienen hinweisen. Das Ziel soll sein, dass die Bürger auf den Einsatz von Pestiziden verzichten.
5. Beginnend in diesem Jahr wird die Stadt Nortorf ihre Bürger zu einer Informationsveranstaltung zu den Wirkungen und Folgen des Pestizideinsatzes einladen. Nur durch umfassende Information der Bürger wird eine Akzeptanz des freiwilligen Verzichts erreicht werden. Daher wird die Verwaltung beauftragt, einen geeigneten Termin und Referenten zu finden.